

## **N I E D E R S C H R I F T**

über die 25. Sitzung des Rates der Stadt Gummersbach vom 21.03.2018 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Rates waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Rat ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Bürgermeister Frank Helmenstein

Mitglieder

Stadtverordnete Marita Cordes

Stadtverordneter Kurt Uwe Dick

Stadtverordneter Reinhard Elschner

Stadtverordnete Bärbel Frackenpohl-Hunscher

Stadtverordnete Ute Fritz-Schäfer

Stadtverordneter Dirk Helmenstein

Stadtverordneter Jakob Löwen

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Marquardt

Stadtverordneter Horst Naumann

Stadtverordneter Uwe Oettershagen

Stadtverordneter Karl-Heinz Richter

Stadtverordneter Björn Rose

Stadtverordnete Edith Katharina Roth

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

Stadtverordnete Claudia Stevenson

Stadtverordneter Jan Simons

Stadtverordneter Rainer Sülzer

Stadtverordneter Matthias Thul

2. stv. Bürgermeisterin Helga Auerswald

Stadtverordneter Stefan Brauweiler

Stadtverordneter Michael Franken

Stadtverordnete Jessica Gogos

Stadtverordneter Jürgen Gogos

Stadtverordneter Thorsten Konzelmann

Stadtverordneter Bajrus Saliu

Stadtverordneter Uwe Schieder

Stadtverordneter Benjamin Stamm

---

**Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift**

---

Stadtverordneter Torsten Stommel

Stadtverordneter Christian Weiss

Stadtverordnete Silvia Weiss

Stadtverordneter Johannes Diehl

Stadtverordnete Elke Wilke

Stadtverordneter Konrad Gerards

Stadtverordnete Sabine Grützmacher

Stadtverordneter Reinhard Birker

Stadtverordnete Astrid Schumann

Verwaltung

Erster Beig. Raoul Halding-Hoppenheit

Techn. Beig Jürgen Hefner

StOVR. Bernhard Starke

Schriftführerin StI'in Karina Turck

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Jörg Jansen

Stadtverordneter Volker Kranenberg

Stadtverordneter Joachim Tump

Stadtverordneter Axel Blüm

Stadtverordneter Sven Lichtmann

Stadtverordneter Dr. Ulrich von Trotha

Stadtverordnete Gabriele Müller

Stadtverordneter Gerhard Nottenkämper

Die Niederschrift führt: Karina Turck

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:11 Uhr

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Öffentlicher Teil:**

- TOP 1        Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2        Bericht der Klinikum Oberberg GmbH
- TOP 3        Anträge
- TOP 3.1      Vorabprüfungen zum ggf. möglichen Erlass einer Satzung zur Erhebung einer "Prostitutions- und Sexsteuer"  
Vorlage: 03486/2018
- TOP 4        Erweiterung der Delegiertenentsendung in die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW  
Vorlage: 03425/2017
- TOP 5        Erlass einer Gebührenordnung der Kreis- und Stadtbücherei  
Vorlage: 03479/2018
- TOP 6        Bebauungsplan Nr. 73 "Derschlag - Gewerbegebiet Stauweiher", 4. Änderung (vereinfacht); Beschluss des Abwägungsergebnisses und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 03499/2018/2
- TOP 7        Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Gummersbach (Wettbürosteuersatzung)  
Vorlage: 03510/2018
- TOP 8        Vorläufiger Gesamtabschluss des Haushaltsjahres 2010  
Vorlage: 03517/2018
- TOP 9        Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Maßnahme "Renaturierung Seßmarbach Steinmüllerteich"  
Vorlage: 03519/2018
- TOP 10      Unterstützung und Teilnahme der Stadt Gummersbach beim Aufbau von "Kommunalen Präventionsketten" mit dem ersten Glied/Baustein "Frühe Hilfen"  
Vorlage: 03471/2018
- TOP 11      Mitteilungen

### **Nicht öffentlicher Teil:**

- TOP 12      Beschlussfassung über die Verleihung goldener Stadtmedaillen in Sonderprägung  
Vorlage: 03509/2018
- TOP 13      Vorlage der Aufstellung über die in 2017 ausgeübten Nebentätigkeiten von Herrn Bürgermeister Frank Helmenstein  
Vorlage: 03516/2018
- TOP 14      Mitteilungen

## **Öffentlicher Teil:**

### **TOP 1** **Niederschrift der letzten Sitzung**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

### **TOP 2** **Bericht der Klinikum Oberberg GmbH**

Herr GF Klein trägt den Bericht der Klinikum Oberberg GmbH vor. BM. Frank Helmenstein lobt die Arbeit von Herrn GF Klein und Herrn GF Kriesten und bittet diese, den Dank auch an die Mitarbeiter weiterzugeben.

Auszug: 2.1

### **TOP 3** **Anträge**

#### **TOP 3.1** **Vorabprüfungen zum ggf. möglichen Erlass einer Satzung zur Erhebung einer "Prostitutions- und Sexsteuer"** **Vorlage: 03486/2018**

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich abgelehnt.  
Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 19 Enthaltung 1

Stv. Thul trägt den Antrag der CDU-Fraktion vor. Er betont die Steuerungerechtigkeit und das Risiko der vermehrten Ansiedlung von Prostitution, wodurch negative Auswirkungen auf die Wohnungslage in Gummersbach entstehen können.

Stv. Wilke erklärt, dass die Fragen des Antrages bereits im Vorfeld geklärt wurden und die Antworten somit bekannt seien. Deshalb wird die FDP-Fraktion den Antrag ablehnen, da geprüft werden soll, was schon längst bekannt ist. Nach Auffassung der FDP-Fraktion sei ein Antrag zur Einführung dieser Steuer zielführender gewesen.

BM. Frank Helmenstein erläutert, dass aufgrund der Pressefreiheit Auskünfte erteilt werden müssen. Unabhängig davon habe sich die Verwaltung bereits vor zwei Jahren mit der Thematik auseinandergesetzt.

Stv. Konzelmann trägt vor, dass die SPD-Fraktion einige Bedenken der FDP-Fraktion teilt, grundsätzlich aber bereit ist, sich mit der Thematik zu befassen. Er bittet die Verwaltung, das Ergebnis der bereits erfolgten Prüfung vorzustellen.

Erster Beigeordneter Halding-Hoppenheit teilt mit, dass die Fragen schnell beantwortet sind, da die Thematik intern bereits im Herbst 2016 behandelt wurde. Eine Prostitutions- und Sexsteuer kann grundsätzlich erhoben werden. Rund 35 Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben diese bereits eingeführt, beispielsweise Köln.

In Gummersbach sind derzeit zwei Prostitutionsstätten, zwei Wohnungen für Wohnungsprostitution und sieben Prostituierte angemeldet. Als Bemessungsgrundlage

wird für die Prostitutionsstätten eine Flächensteuer und für die Wohnungsprostitution eine Pauschalsteuer zu Grunde gelegt. Das zu erwartende Steueraufkommen wird auf ca. 25 – 30 Tsd. Euro im Jahr geschätzt, zudem sei der Aufwand für die Umsetzung dieser Steuer vertretbar, da auf das bereits vorhandene Personal zurückgegriffen werden kann.

Die Verwaltung schlägt vor, eine Steuer auf Vergnügungen sexueller Art ab dem Jahr 2019 zu erheben. Dann bliebe auch genügend Zeit, dies in den Haushaltsplanberatungen zu erörtern.

Stv. Konzelman erwähnt abschließend, dass der Antrag nach dem Vorschlag der Verwaltung überflüssig ist und die SPD-Fraktion diesen nunmehr ablehnen wird.

Auszug: 3 / 4

#### **TOP 4**

#### **Erweiterung der Delegiertenentsendung in die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW**

**Vorlage: 03425/2017**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt benennt Herrn Ersten Beigeordneten Raoul Halding-Hoppenheit als weiteres Mitglied der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW.

Auszug: 2.1

#### **TOP 5**

#### **Erlass einer Gebührenordnung der Kreis- und Stadtbücherei**

**Vorlage: 03479/2018**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügte Gebührenordnung für die Kreis- und Stadtbücherei.

Auszug: 5 / 4

#### **TOP 6**

#### **Bebauungsplan Nr. 73 "Derschlag - Gewerbegebiet Stauweiher", 4. Änderung (vereinfacht); Beschluss des Abwägungsergebnisses und Satzungsbeschluss**

**Vorlage: 03499/2018/2**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt beschließt das in der Anlage 1a der der Originalniederschrift als Anlage 2 beigefügten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Prüfung der vorgebrachten Stellungnahme.
2. Die 4. Änderung (vereinfacht) des Bebauungsplanes Nr. 73 „Derschlag – Gewerbegebiet Stauweiher“, bestehend aus einer Planzeichnung, wird gemäß § 2 Abs.1 i.V.m. § 10 und § 13 BauGB sowie § 7 GO NW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 21.03.2018 beigefügt.

Auszug: 9

#### **TOP 7**

#### **Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Gummersbach (Wettbürosteuersatzung)**

**Vorlage: 03510/2018**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die Einführung einer Wettbürosteuer und den Erlass der der Originalniederschrift als Anlage 3 beigefügten Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Gummersbach.

Auszug: 2.2 / 3 / 4

#### **TOP 8**

#### **Vorläufiger Gesamtabschluss des Haushaltsjahres 2010**

**Vorlage: 03517/2018**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Gummersbach verweist den Gesamtabschluss 2010 zur weiteren Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

Auszug: 4

#### **TOP 9**

#### **Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Maßnahme "Renaturierung Seßmarbach Steinmüllerteich"**

**Vorlage: 03519/2018**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt stimmt der überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die „Renaturierung Seßmarbach“ mit einer Summe von 800.000,00 € zu. Gemäß Zuwendungsbescheid vom 17.10.2017 wird das Projekt mit 90% gefördert, sodass eine Erhöhung des städtischen Anteils um 80.000 Euro vorliegt.

Auszug: 12 / 4

**TOP 10****Unterstützung und Teilnahme der Stadt Gummersbach beim Aufbau von "Kommunalen Präventionsketten" mit dem ersten Glied/Baustein "Frühe Hilfen"****Vorlage: 03471/2018**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt, die Teilnahme an den Projekten „Kommunale Präventionsketten“ und der „Frühen Hilfen“, mit dem Ziel den Ausbau der Präventionsketten dauerhaft zu verstetigen.

Auszug: 10

**TOP 11****Mitteilungen**

BM. Frank Helmenstein teilt den Anwesenden mit, dass es neue Informationen bezüglich des Theaters gibt. BM. Frank Helmenstein hat dem Vorsitzenden der CDU-Lantagsfraktion, Herrn Löttgen im Hinblick auf die Situation und Bedeutung des Theaters ein Schreiben zukommen lassen. In diesem Schreiben betont BM. Frank Helmenstein unter anderem, dass das Theater eine bedeutsame Einrichtung der Gummersbacher Kulturlandschaft ist und die Schließung einen schmerzhaften Verlust nicht nur für Gummersbach, sondern auch für den Oberbergischen Kreis und den rechtsrheinischen Raum bedeutet.

Nach Ostern wird es einen Termin mit der Ministerin für Kultur und Wissenschaft, Frau Pfeiffer-Poensgen geben, zu dem sie ein Konzept mit Programmänderungen etc. vorgelegt bekommen möchte.

BM. Frank Helmenstein teilt weiter mit, dass Kulturförderung kein Vorrecht des urbanen Raumes sei und dass das Gummersbacher Theater zu gut 50 % auch von Besuchern aus der Region besucht wird. Der Rat hat sich insbesondere aufgrund des Stärkungspaktes gegen den Weiterbetrieb des Theater entscheiden müssen, da er vor allem die zwingend notwendige Gebäudesanierung bis auf Weiteres nicht alleine finanzieren kann.

Nun stellt sich allerdings die Frage, ob es durch die neue Landesregierung nicht doch zu einer entsprechenden Förderung kommen könnte.

BM. Frank Helmenstein dankt den Beteiligten der Verwaltung und des Rates und kündigt an, dass er den Rat sowie die Öffentlichkeit über den Termin bei Frau Minister Pfeiffer-Poensgen sodann informieren wird.

Erster Beigeordneter Halding-Hoppenheit teilt darüber hinaus mit, dass nach der Bekanntmachung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2018 keine Einwendungen erhoben wurden.

Auszug: 5 / 2.1

Frank Helmenstein  
Bürgermeister

Karina Turck  
Schriftführerin